
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHARDT-SAUER: FREIE DEMOKRATEN FORDERN UMFASSENDE MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ VON KINDERN VOR GEWALT

19.05.2021

- Gezielte Prävention durch Aufklärung, Schulung und Früherkennung
- Opfer benötigen Unterstützung
- Experten an „runden Tisch“ holen

WIESBADEN – „Wir benötigen beim Thema Kindeswohl keine weiteren Ankündigungen, sondern ein aus Aufklärung, Prävention, Hilfe und Strafverfolgung bestehendes Konzept von umfassenden und rasch zu verwirklichenden Maßnahmen“, fordert die justizpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Marion SCHARDT-SAUER, anlässlich der heutigen Plenardebatté über einen von CDU und Grünen eingebrachten Antrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jeglicher Gewalt. „Sexualisierte, psychische und physische Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zählt zu den schlimmsten und verstörenden Taten, die Menschen begehen können.“

Die Freien Demokraten sehen konkreten Handlungsbedarf bei Schulungen und Qualifikationen, Aufklärung und Achtsamkeit, um Taten zu verhindern. „Wir müssen uns um die Opfer kümmern, wir benötigen Kinderschutzbüros, und wir müssen die Strafverfolgung effizienter machen. Die Täter müssen strafrechtliche Konsequenzen zu spüren, aber auch Therapieangebote unterbreitet bekommen“, fordert Schardt-Sauer. Der Antrag der Regierungsfraktionen hingegen sei zu sehr auf Ankündigungen ausgerichtet. „Wir sind der Ansicht, dass die Ministerin sich Experten und Praktiker an den Tisch holen muss – ein solcher „runder Tisch“ ist hier das geeignete Mittel, um Wissen aus der Praxis zu bündeln und weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Miteinander reden statt nur immer neue Ankündigungen, und den Worten Taten folgen lassen – das muss das Motto sein“, sagt Schardt-Sauer.

In der Justiz bedarf es nach ihrer Überzeugung weiterer Fortbildungsmöglichkeiten für Familienrichter sowie kindgerechter Räumlichkeiten für Vernehmungen. Auch Präventionsprojekte und Therapieplätze für pädophile Menschen müssten ausgebaut werden. „Wir haben bei dieser traurigen und so beunruhigenden Thematik keine Zeit zu verlieren.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de